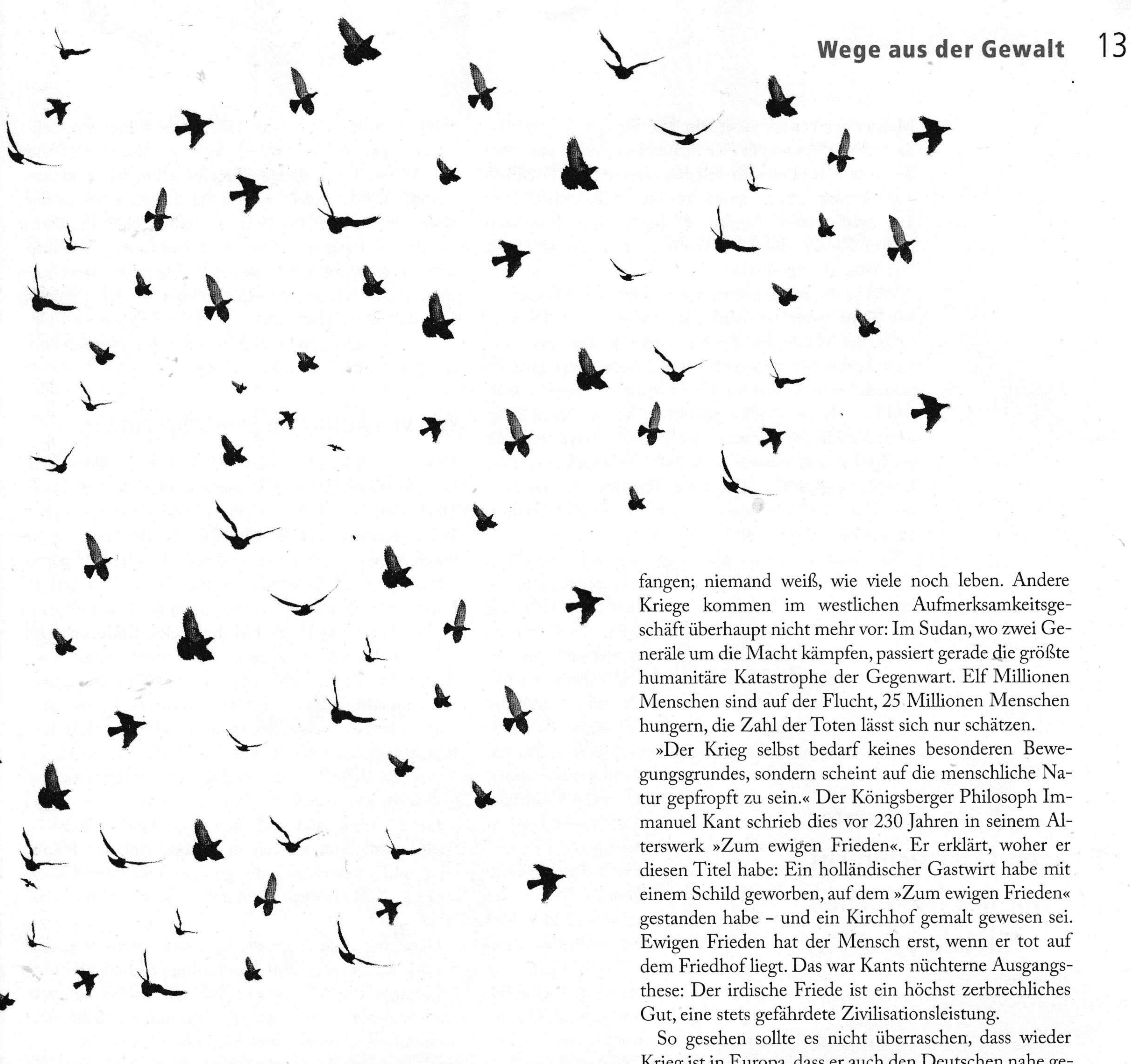


Friedenstüchtig werden

Selten wirkt der Ruf nach Frieden so ermattet wie zu Beginn
dieses Jahres. Aber es gibt sie noch, die Gegenkräfte zum Krieg.
Sie können stärker sein, als viele denken





Von Matthias Drobinski

Friede auf Erden. Was die Engel im Lukasevangelium zur Geburt des Jesuskinds verkündeten, klingt zum Beginn des Jahres 2025 nach einem so frommen wie unerfüllbaren Wunsch. Oder hohl, wie blanker Sarkasmus.

Da ist kein Friede auf Erden. Da ist Krieg, wohin man schaut. Im Osten der Ukraine zerfetzen Gleitbomben und Granaten die Menschen in den Schützengräben, rückt der Aggressor Russland kilometerweise vor, weil er rücksichtslos seine Soldaten ins Feuer der ukrainischen Verteidigung schickt, derweil Raketen die Kraftwerke des Landes zerstören. Im Gazastreifen geht der Militäreinsatz der israelischen Armee nach dem Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 weiter und weiter. 90 Prozent der Bevölkerung sind vertrieben, es sterben Menschen bei Bombenangriffen und Kinder vor Hunger, erfrieren Babys in den Zelten der Herumirrenden. Immer noch halten die Islamisten israelische Geiseln ge-

fangen; niemand weiß, wie viele noch leben. Andere Kriege kommen im westlichen Aufmerksamkeitsgeschäft überhaupt nicht mehr vor: Im Sudan, wo zwei Generäle um die Macht kämpfen, passiert gerade die größte humanitäre Katastrophe der Gegenwart. Elf Millionen Menschen sind auf der Flucht, 25 Millionen Menschen hungern, die Zahl der Toten lässt sich nur schätzen.

»Der Krieg selbst bedarf keines besonderen Bewegungsgrundes, sondern scheint auf die menschliche Natur gepfropft zu sein.« Der Königsberger Philosoph Immanuel Kant schrieb dies vor 230 Jahren in seinem Alterswerk »Zum ewigen Frieden«. Er erklärt, woher er diesen Titel habe: Ein holländischer Gastwirt habe mit einem Schild geworben, auf dem »Zum ewigen Frieden« gestanden habe – und ein Kirchhof gemalt gewesen sei. Ewigen Frieden hat der Mensch erst, wenn er tot auf dem Friedhof liegt. Das war Kants nüchterne Ausgangsthese: Der irdische Friede ist ein höchst zerbrechliches Gut, eine stets gefährdete Zivilisationsleistung.

So gesehen sollte es nicht überraschen, dass wieder Krieg ist in Europa, dass er auch den Deutschen nahe gerückt ist, noch näher als die Jugoslawien-Kriege zu Beginn der 1990er-Jahre. Die Atommacht Russland hat das zweitgrößte Land des Kontinents angegriffen, stellt seine Existenzberechtigung infrage und seine Orientierung Richtung Westen; Russlands Präsident Wladimir Putin droht mit dem Einsatz von Atomwaffen, Patriarch Kirill, Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, sieht sein Land im »heiligen Krieg« gegen die angeblich volksverderbenden Werte der westlichen Demokratien.

Mittendrin im Konflikt

Die Nato liefert seitdem der angegriffenen Ukraine Waffen, Munition, Ausrüstung – und nach den USA ist Deutschland dabei der wichtigste Lieferant. Dem Völkerrecht nach ist die Bundesrepublik damit keine Konfliktpartei. De facto aber ist sie mittendrin in der Auseinandersetzung, in der die Atommächte der Welt so nah am direkten Konflikt sind wie seit der Kuba-Krise 1962 nicht mehr. Wer sich da keine Sorgen macht, muss ein

Meister der Verdrängung sein. Die Illusion ist weg, dass nach dem Wunder der Friedlichen Revolution von 1989 der Traum vom ewigen Frieden diesseits des Friedhofs wahr werden könnte, gesichert durch Handelsbeziehungen, wachsenden Wohlstand, gemeinsame Interessen und im Zweifel durch die Vereinigten Staaten als einzig verbliebener Supermacht.

Was bleibt, ist das unentrinnbare Dilemma, für Gegner wie Befürworter von Waffenlieferungen an die Ukraine. Ohne die Militärhilfe der Nato wäre die Ukraine heute wohl kein selbstständiger Staat mehr oder von einer Marionettenregierung von Putins Gnaden regiert. Es würden Gewalt und Willkür herrschen, kein Frieden. Doch ist es deshalb vertretbar, auf unabsehbare Zeit Menschen zum Töten und Sterben an die Front zu schicken, um die Unabhängigkeit der Ukraine zu bewahren? Denn Frieden haben auch die Panzer, Geschütze, Flugabwehrraketen aus dem Westen nicht gebracht.

Russland produziert mehr Waffen, als an der Front verloren gehen, schickt immer neue Truppen als Kanonenfutter in den Tod. Die Ukraine hat im dritten Jahr des Krieges Schwierigkeiten, Soldaten zu rekrutieren, es gibt Berichte über Desertionen, es fehlt an Munition und Kriegsgerät. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup in der Ukraine vom November ergab eine Mehrheit für sofortige Friedensverhandlungen. Die Option, unbegrenzt alle verfügbaren Waffen

zu liefern oder gar eigene Truppen zu entsenden, haben die Verbündeten der Ukraine bislang aus guten Gründen nicht erwogen.

Wird ausgerechnet der alte neue US-Präsident Donald Trump, der Populist, diesen Zustand beenden? Im Wahlkampf hat er dies vollmundig angekündigt. Nach allem, was bekannt ist, streben er und seine Be-

ratener eine Art Koreanisierung des Konfliktes an: Der gegenwärtige Frontverlauf soll »eingefroren« werden. Die Ukraine soll 20 Jahre lang nicht der Nato beitreten dürfen, europäische Truppen eine Pufferzone zwischen den Kriegsparteien sichern.

Vom ukrainischen Präsidenten Selenski heißt es, er sei prinzipiell gesprächsbereit, in der bitteren Erkenntnis, dass die Ukraine nicht wiedererobern können wird, was ihr weggenommen wurde. Auf der russischen Seite ist dagegen bislang wenig Interesse an solchen Verhandlungen zu erkennen. Das weist auf das größte Problem des Planes hin: Es ist unklar, ob Russlands Präsident überhaupt verhandeln will. Offiziell hat Putin sich bislang nicht von den Kriegszielen des Februars 2022 verabschiedet: die komplette Ukraine in Russlands Abhängigkeit zu zwingen, die rohstoffreichen Regionen im Osten dem eigenen Staatsgebiet zuzuschlagen. Solange sich dies nicht ändert, würde ein Waffenstillstand zwar das Töten endlich beenden, aber keinen Frieden bringen.

Trumps Idee, Europas Staaten sollten einen Waffenstillstand in der Ukraine sichern und finanzieren, zeigt, dass eine weitere tiefgreifende Wende in Europas Sicherheitsgefüge ansteht. Für den künftigen US-Präsidenten

zählt die Stimmung in den USA. Eine Bündnissolidarität oder gar die Vorstellung, dass das mächtigste Land der Welt auch eine globale Verantwortung hat, sind ihm fremd. Die USA verabschieden sich unter Trump von der Rolle des Weltpolizisten der republikanischen Präsidenten Ronald Reagan, George Bush und George W. Bush und erst recht von der Rolle des Weltsozialarbeiters (unter Berücksichtigung der eigenen Interessen), die Barack Obama zuletzt auszufüllen suchte. Der Export von Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechten gehört nicht zu Trumps Agenda.

Wie viel Aufrüstung verträgt ein Land?

Es müsste nun die Europäische Union die Friedens- und Sicherheitspolitik verstärkt selbst in die Hand nehmen. Doch auch Europas Einigkeit ist brüchig geworden. Polen, Finnland und die baltischen Staaten sehen sich durch Russland teils existenziell bedroht; für rechtspopulistisch regierte Länder wie Ungarn oder die Slowakei ist Putin mehr Freund und Vorbild als gefährlicher Gegner. In fast allen Ländern der EU sind rechte Kräfte erstarkt, die aus anderen Motiven gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine sind als die traditionelle Friedensbewegung. Sie sympathisieren mit Putins autoritären Staats- und Gesellschaftsvorstellungen, sie denken in geopolitischen Räumen, in denen die stärkste Macht das Sagen hat; die Vorstellung, den eigenen Wohlstand für irgendwelche globalen Ziele zu riskieren, lehnen sie ab.

Diese Strömungen sind auch so stark, weil die wichtigsten Einigungsmotoren in Europa stottern: Frankreich und Deutschland, die größten Volkswirtschaften der EU, sind derweil mit ihren Regierungskrisen beschäftigt.

Dabei bräuchte es gerade jetzt eine intensive gesellschaftliche Debatte über eine künftige Sicherheits- und Friedenspolitik, in Europa, in Deutschland. Was soll, was darf die Bereitschaft kosten, Freiheit und staatliche Souveränität, Rechtsstaat und Demokratie notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen? Wie viel

Aufrüstung verträgt ein Land, ohne dass der Sozialstaat zer-

bricht, Bildung und zivile Wissenschaft vor die Hunde gehen?

Wie soll eine nationale

und europäische Außenpolitik aussehen, kann sie eigene diplomatische Friedensinitiativen und Verhandlungsformate entwickeln? Und wie kann eine weltweite Friedenspolitik gefördert werden, die dem Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern dient, sich dem kolonialen Erbe stellt und eine weltweite Klimakatastrophe zu verhindern sucht, die Vereinten Nationen stärkt und das Völkerrecht?

Es wäre eine Debatte, die im Bewusstsein des unentrinnbaren Dilemmas geführt werden müsste: Ein gerechter Frieden lässt sich nicht nur mit friedlichen Mitteln schaffen und bewahren. Gewalt jedoch gebiert stets neue Gewalt. Das geht an die Grenzen aller Beteiligten. Für Friedensbewegte bedeutete es zu akzeptieren, dass

» Ein gerechter
Frieden lässt sich nicht
nur mit friedlichen
Mitteln schaffen

Armeen nicht einfach abzuschaffen sind, dass ihre Ausrüstung Geld kostet. Die Vorstellung ist eine Illusion, ein so großes Land könne komplett auf eine zivile Verteidigung umstellen, bei der ein ausländischer Aggressor durch Generalstreiks und weitreichenden zivilen Ungehorsam zur Aufgabe gebracht werden soll.

Bei innerstaatlichen Konflikten und Bürgerkriegen, bei der Überwindung abgewirtschafteter Diktaturen kann das funktionieren, zeigen Untersuchungen. Bei der Attacke einer ausländischen Armee mit der Bereitschaft zu großer Grausamkeit fehlen die positiven Beispiele. Für die Waffenbefürworter hieße es dagegen anzuerkennen, dass der alte römische Spruch, dass man den Krieg vorbereiten muss, wenn man den Frieden will, zu oft schon in die Katastrophe geführt hat. Es wäre ein argumentativer Abrüstungsprozess für beide Seiten nötig: Wer nach reiflicher Gewissensprüfung dafür ist, der Ukraine Waffen zu liefern, sollte nicht als

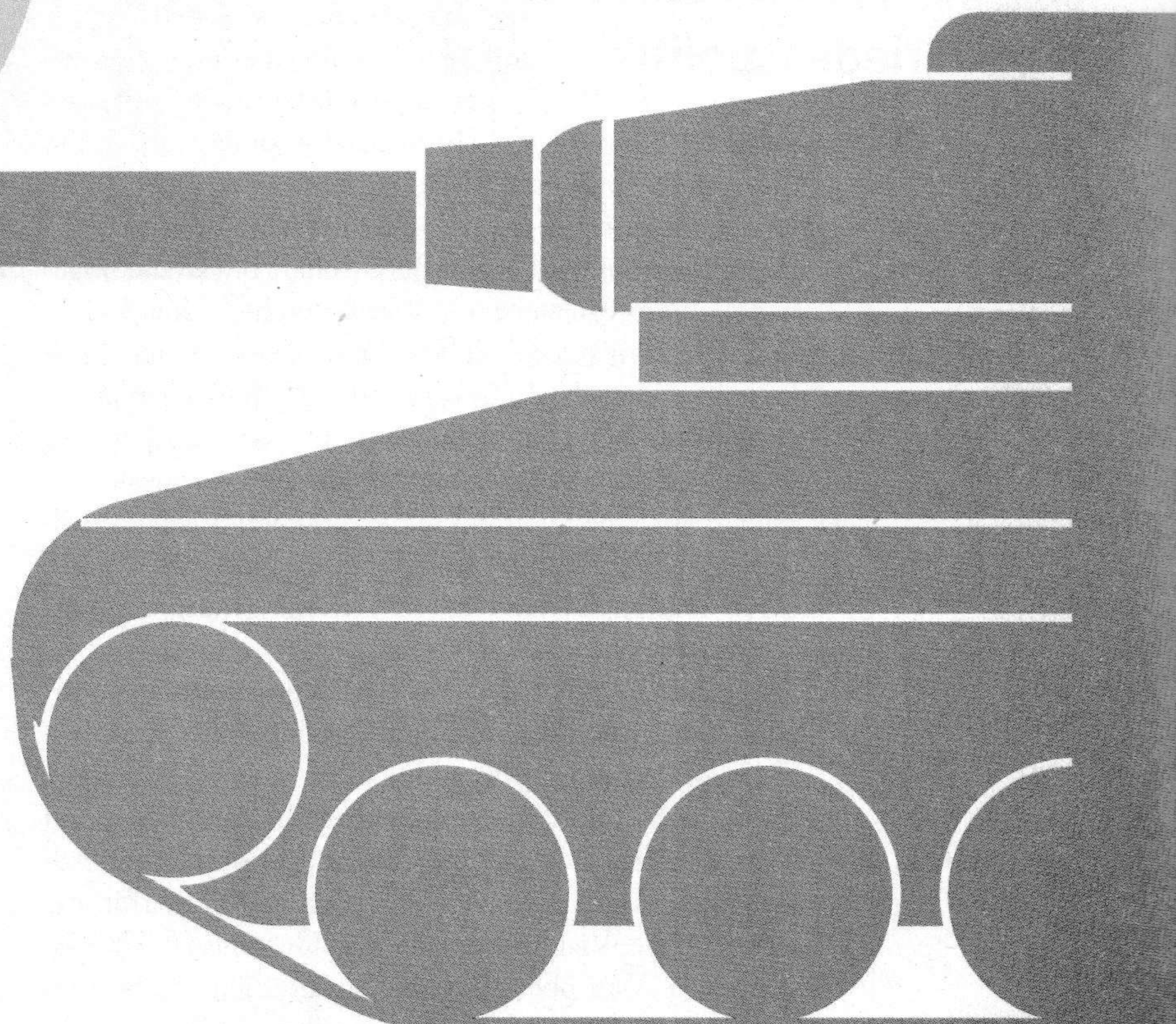
»Kriegshetzer« diffamiert werden. Und wer nach ebenso reiflicher Überlegung gegen solche Lieferungen ist, der ist deshalb noch kein Verharmloser des putinschen Angriffskrieges.

Der nun begonnene Wahlkampf in Deutschland dürfte jedoch erst einmal die falschen Selbstsicherheiten befördern: Da ist CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz, für den klar ist, dass Deutschland konsequent aufrüsten und den Sozialhaushalt dafür genauso konsequent kürzen muss. Auf der anderen Seite stehen AfD und BSW mit ihrer jeweils eigenen Russland-Romantik. Dazwischen die Grünen, die Aufrüstung, Sozialhaushalt und dann noch ein reines Gewissen wollen. Da ist die SPD in richtungsloser Vorsicht, schließlich die FDP, deren Frontfrau Agnes Strack-Zimmermann am liebsten mit dem Leopard-Panzer nach Moskau fahren und Putin das Fürchten lehren würde.

Was Immanuel Kant rät

Die traditionelle Friedensbewegung wiederum wirkt ausgerechnet jetzt kaum noch in die Gesellschaft hinein. Zu lange hat es gedauert, bis sie Putins Angriffskrieg ein Verbrechen nannte, zu lange blieb die Abgrenzung nach rechts uneindeutig. Dass der SPD-Bundestagsabgeordnete Ralf Stegner auf der Friedensdemonstration in Berlin am 3. Oktober niedergebuhrt wurde, als er das Verbrechen des russischen Angriffskrieges benannte, ist ein Tiefpunkt der Bewegung.

Vielleicht kann in dieser Lage Kant Orientierung geben. Der Philosoph hat »Zum ewigen Frieden« aufgebaut wie einen Vertrag, den die Lesenden nur noch unterschreiben müssen. Es soll keinen Friedensschluss geben, der schon den Anlass für den nächsten Krieg in sich trägt, lautet seine erste Maxi-



me in heutiges Deutsch übertragen. Stehende Heere, die schnelle Angriffskriege führen können, gehören abgeschafft und durch Volksheere ersetzt. Kein Staat soll sich verschulden, um ein Wettrüsten zu finanzieren. Keiner soll sich in die innere Verfassung des anderen einmischen, kein Konflikt so geführt werden, dass eine spätere Versöhnung unmöglich wird. Voraussetzung für den irdisch-vorläufigen Frieden sind eine republikanische Verfassung, ein anerkanntes Recht zwischen den Völkern, ein individuelles Weltbürgerrecht.

Was bei Kant auch klar wird: Frieden, das ist mühsame Kleinarbeit, die Suche nach Pfaden durchs Dornengebüsch der Gewalt, ist immer wieder neu zu Zivilisations-, Erziehungs- und Aufklärungsarbeit. Kants Schrift ist das Plädoyer für eine realistische Friedenspolitik, gegen ein unvernünftiges Kriegsdenken. Für das ausgehende 18. Jahrhundert war das so revolutionär wie visionär.

Eine kreative, mutige und doch realistische Friedenspolitik, das bräuchten auch heute Deutschland und Europa als Gegengewicht zur zunehmenden Dominanz des Militärischen, gegen die zunehmenden Panzerungen im Innern der Gesellschaft wie nach außen. Der ehemalige UN-Chemiewaffeninspekteur und heutige Linken-Vorsitzende Jan van Aaken zum Beispiel erinnert in seinem Buch »Worte statt Waffen« an den Beginn des Bürgerkriegs in Syrien. Der Diktator Assad bot an, in einem Jahr zurückzutreten, doch in der falschen Annahme, dass Assad binnen kurzer Zeit gestürzt werden würde, lehnten die westlichen Unterstützer der Rebellen dies ab.

Möglicherweise war das Angebot ein Bluff, möglicherweise aber hätte es furchtbaren Bürgerkrieg erspart.

Und wurde bei den Verhandlungen in Istanbul im März und April 2022 ein früher Frieden in der Ukraine verspielt, weil der Westen ihn nicht wollte, oder zielten die russischen Forderungen auf ein Scheitern der Gespräche ab? Auch

dies gehört so selbstkritisch wie genau untersucht – allein schon, um für die kommenden Verhandlungen zu lernen. Für die wird es die Bereitschaft brauchen, ungewöhnliche Wege zu gehen: Warum nicht China, Indien oder Brasilien stärker einbeziehen, Länder, denen Moskau über den BRICS-Verbund der Schwellenländer verbunden ist? Die kleine Initiative »Sicherheit neu denken« in der badischen evangelischen Landeskirche schlägt vor, eine nicht nur von westlichen Staaten gebildete Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen könnte einen Waffenstillstand in der Ukraine garantieren und überwachen.

Die Initiative hat ein »Positiv-Szenario« bis hin zum Jahr 2040 entwickelt, mit einer europäischen Friedensordnung und einer neuen UN-Charta, einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit für den Nahen und Mittleren Osten. Man kann das für arg optimistisch halten, solche Initiativen aber durchbrechen immerhin die weitgehende Visionslosigkeit der Gegenwart. Und es stimmt ja: Wer über eine langfristige Sicherheits- und Friedensordnung nachdenkt, muss übers Militärisch-Di-

plomatische hinausdenken. Ein Land ohne soziale Gerechtigkeit im Inneren verliert seinen Frieden, eine unfaire Weltwirtschaft führt zu Armut-, Verteilungs- und Rohstoffkriegen. Die globale Erderhitzung gefährdet den Frieden in besonderer Weise – sind Teile der Erde unbewohnbar, wird um den Zugang zu Wasser und fruchtbarem Land erbittert gekämpft werden, gibt es Flucht und Migration in unvorstellbarem Ausmaß.

Nur der Friede ist gerecht

Ob es mit der nächsten Bundesregierung eine konsequente Klimaschutz-Politik gibt oder der Entwicklungs-Etat zusammengestrichen wird, auch das entscheidet über Krieg und Frieden in der Welt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit fördert löblicherweise den Zivilen Friedensdienst mit 60 Millionen Euro im Jahr, der Fachleute für Gewaltprävention in Kriegs- und Krisengebiete schickt. 60 Millionen: Ein einziges F 35-Kampfflugzeug kostet das Viereinhalbfache. Es sind Initiativen wie der Zivile Friedensdienst, es sind die vielen Gruppen und Personen, die dafür sorgen, dass – bei aller notwendigen Verteidigungsbereitschaft – die Friedenstüchtigkeit im Land nicht verloren geht; wenn nur ein kleiner Teil der Ausgaben für Verteidigung an diese zivilen Gruppen ginge, könnten sie viel bewirken.

Auch die christlichen Kirchen können dabei eine wichtige Rolle spielen. Viele zivilgesellschaftliche Gruppen wie Pax Christi oder die Aktion Sühnezeichen sind in den Kirchen beheimatet oder in ihnen entstanden. Und noch immer sind die Kirchen die größten zivilgesellschaftlichen Institutionen, die viele Menschen aus sehr unterschiedlichen Lagern zusammenbringen können, Pazifisten wie Bundeswehrangehörige. Vor allem aber haben beide Kirchen die Lehre vom »gerechten Frieden« entwickelt: Gerecht kann nur der Friede sein. Ein Krieg, so notwendig er auch zu sein scheint, ist und bleibt strukturell ein Unrecht. Er kann in Kauf genommen werden, wenn durch ihn noch größeres Unrecht vermieden wird, als letzte Möglichkeit, als »ultima ratio«. Das ist mehr als Wortklauberei: Wer mit diesen Maximen einem Krieg zustimmt, der tut dies zögernd und mit unruhigem Gewissen, der weiß, dass er diesen Krieg so schnell wie möglich und mit möglichst wenig Opfern zu beenden hat: Krieg ist gegen den Willen Gottes. Das ist der Gegenentwurf zur Heiligung des Krieges, wie sie der russisch-orthodoxe Patriarch Kyrill betreibt. Aber auch zur schleichenden Militarisierung des Denkens und Redens in Deutschland, der Gegenentwurf zum Feindesdenken, zum Kampf bis zur Vernichtung des andern.

Friede auf Erden! Der Satz der Engel scheint an der Macht der Gegenwart im Jahr 2025 zu zerbrechen. Wladimir Putin in Russland und auch Benjamin Netanjahu in Israel scheinen auf je eigene Weise zu bestätigen: Gewalt gewinnt. Aber es gibt sie, die Gegenkräfte, immer gefährdet, überfordert, marginalisiert. Und doch immer wieder sind sie stärker, als viele denken. Den ewigen Frieden mag es erst am Ende aller Zeiten geben. Für den kleinen der Gegenwart kann man jederzeit etwas tun. ◆

» Wir brauchen eine kreative, mutige und doch realistische Friedenspolitik